 Dorfplatz 1, 5563 Tweng bei Obertauern



+3 6471 217

gemeinde@tweng.at

**ANSUCHEN UM BAUBEWILLIGUNG**

gem. § 2 BauPolG

**im vereinfachten Verfahren gem. § 10 BauPolG**

|  |
| --- |
| **Name(n) des(r) Antragsteller(in)s** (Zu- und Vorname),  *oder:*  Bezeichnung der juristischen Person (z.B. Ges.m.b.H., etc.) |
| Genaue Anschrift mit Tel.-Nr. und Email: |

## Beschreibung der baulichen Maßnahme

|  |
| --- |
| Bezeichnung des Bauvorhabens gem. BauPolG |

## Ausführungsort der baulichen Maßnahme / Baustelle

|  |
| --- |
| Grundstück Nr., Grundbuch der Katastralgemeinde, Einlagezahl  GP. Nr.: |
| KG.: |
| EZ.: |
| Adresse der Baustelle: |

## Ansuchen um Ausnahme von baurechtlichen Vorschriften (z.B.: Unterschreitung von gesetzlichen Mindestabständen)

|  |
| --- |
|  |

## Verfasser der Unterlagen

|  |
| --- |
| Zu- und Vorname, Bezeichnung der juristischen Person (Firmenbezeichnung) |
| Adresse mit Telefonnummer und Email: |

**Bauführer** (sofern bereits bekannt)

|  |
| --- |
| Zu- und Vorname, Bezeichnung der juristischen Person (Firmenbezeichnung) |
| Adresse mit Telefonnummer und Email: |

Unterfertigung des Bauansuchens durch den Bewilligungswerber und den Verfasser der Unterlagen, der gegenüber der Baubehörde für die Richtigkeit der Unterlagen haftet, sowie für die Übereinstimmung des Verzeichnis der Nachbarn mit dem Grundbuchsstand; der Verfasser der Unterlagen bestätigt gleichzeitig, über die gesetzliche Planungsbefugnis zu verfügen; gleichzeitig wird durch den Bewilligungswerber bestätigt, dass es sich bei dem Vorhaben nicht um die Errichtung eines Zweitwohnungsvorhabens i. S. des ROG 2009 handelt. Der Bewilligungswerber erklärt weiters ausdrücklich, dass die Voraussetzungen für die Durchführung im vereinfachten Verfahren gem. § 10 BauPolG vorliegen bzw. nicht vorliegen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Angaben in den Plänen auch zur Berechnung des Kanal-Interessentenbeitrages (Vorschreibung, Ergänzungsbeitrag) herangezogen werden.

Ort, Datum Unterschrift des Bewilligungswerber

Ort, Datum Stempel und Unterschrift des Verfassers der Unterlagen

**Beilagen:**

ausgefülltes Informationsschreiben Barauslagen nicht amtliche Sachverständige

Einreichpläne 2-fach auch im PDF-Format (planliche Darstellung und Baubeschreibung)

Grundbuchsauszug

Planungsenergieausweis

Anrainerverzeichnis

Zustimmung der Nachbarn

Bauplatzerklärung

**Erforderliche Beilagen zum Ansuchen**

**1-fach**

a) amtlich beglaubigter Grundbuchsauszug oder Amtsbestätigung, woraus die Eigentümer des Grundstückes ersehen werden können (diese Unterlage darf nicht älter als 3 Monate sein)

b) ggf. Kopie der Bauplatzerklärung (Bescheid, Verhandlungsschrift und Lageplan)

c) soweit eine Zustimmung der Parteien vorliegt, hat der Bewilligungswerber dies im Ansuchen bekannt zu geben und das Formular Z 1 (LGBl 56/2002 idF LGBl Nr.

33/2005) bzw. das Formular Z 2 (LGBl 56/2002 idF LGBl Nr. 33/2005) anzuschließen

d) ggf. weitere, in Zusammenhang mit der baulichen Maßnahme aufgrund anderer

Rechtsvorschriften erforderliche behördliche Bewilligungen (z.B. nach naturschutz- und wasserrechtlichen Bestimmungen) die in Be-tracht kommenden Verfahren anhängig gem.

§ 4 Abs. 3 BauPolG bzw. die Bestätigung, dass gemacht worden sind

e) ggf. weitere Unterlagen gem. § 5 Abs. 6 und 7 BauPolG lt. Vorschreibung durch die Baubehörde

**3-fach**

**Baupläne**

a) ein auf der Grundlage der erteilten oder beantragten Bauplatzerklärung verfasster Lageplan über den Bauplatz und seine Umgebung, der eine eindeutige Bestimmung der Lage des Baues im Bauplatz und im Verhältnis zu den gemäß § 7 Abs 1 Z 1 maßgebenden Grundstücken einschließlich der Bauten darauf sowie zu den öffentlichen Verkehrsflächen ermöglicht; aus diesem Plan müssen überdies die Lage des Bauplatzes zur Nordrichtung, seine Größe, alle auf dem Bauplatz bestehenden Bauten sowie alle hierauf vorhandenen Hauptversorgungseinrichtungen (Energieversorgungs-, Wasserversorgungs- und Abwasserleitungen samt Sicherheitsabständen) ersichtlich sein; ferner muss auf

diesem Plan die Lage und die Größe der im Bauplatz zu bebauender Fläche angegeben sein; in den Lageplan sind schließlich auch die verpflichtend zu schaffenden Kraftfahrzeug-Stellplätze, die Zu- und Abfahrten dazu bzw davon, die Wendeplätze sowie die Ein- und Ausfahrten zu bzw von Kraftfahrzeug-Abstellplätzen oder Garagen von bzw in Straßen mit öffentlichem Verkehr einzuzeichnen;

b) die Grundrisse sämtlicher in Betracht kommender Geschosse mit Angabe des geplanten Verwendungszweckes der Räume und mit Einzeichnung der verpflichtend zu schaffenden Kraftfahrzeug-Stellplätze;

c) die notwendigen Schnitte, insbesondere die Stiegenhausschnitte;

d) alle Ansichten, die zur Beurteilung der äußeren Gestalt des Baues und des allfälligen Anschlusses an die Nachbarbauten erforderlich sind;

e) soweit es für die Erteilung der Bewilligung notwendig ist, die Darstellung der Anlagen für die Sammlung und Ableitung der Abwässer;

f) gegebenenfalls die Angabe der Art und die Darstellung der baulichen Vorsorge für Heizungsanlagen samt Rauchfängen einschließlich der Rauchfanganschlüsse, allfällige Aufzüge, Lüftungs- und Förderleitungen, Klimaanlagen udgl.

**Technische Beschreibung**

a) eine Beschreibung über die technischen Einzelheiten des Baus;

b) die Angabe der Grundflächen-, Geschoßflächen- bzw

Baumassenzahl, der Wohnnutz- bzw. Nutzflächen und desumbauten Raumes;

c) die Angabe der für den baurechtlich gebotenen

Mindestwärmeschutz von Bauten maßgeblichen Energiekennzahlen;

d) eine Beschreibung der für das Ansehen des Baus

maßgebenden Umstände, soweit diese nicht aus den Bauplänen zu entnehmen sind;

e) eine Beschreibung der Bodenverhältnisse; und

f) bei Garagen die Angabe für welche nach demverwendeten Treibstoff zu unterscheidenden Fahrzeugen die Garage bestimmt ist, wenn eine Nutzung mit anderen Fahrzeugen beabsichtigt ist als solchen, die mit Benzin oder Diesel betrieben werden.

**Bei Zu-, Auf- und Umbauten müssen die Baupläne auch den**

**Altbestand** mit bewilligter Widmung des Baues erkennen lassen. Die Baupläne müssen auf haltbarem Papier und den technisch üblichen Farbgebung erstellt werden und genau kotiert sein.

Die Pläne müssen maßstabgerecht gezeichnet und in ihrer Größe und Faltung dem Normformat 21 x 29,7 angepasst sein.

**Bitte beachten Sie: Mit der Ausführung der baulichen Maßnahme darf vor der bescheidmäßigen Kenntnis-nahme der Bauanzeige durch die Baubehörde nicht begonnen**

**werden!**

**Hinweise zum Baubewilligungsverfahren\*)**

**a) Wofür ist eine Baubewilligung erforderlich?**

Für folgende bauliche Maßnahmen - soweit diese nicht bewilligungsfreie (§ 2 Abs. 2 und 3 BauPolG) sind - ist eine Baubewilligung erforderlich (§ 2 Abs. 1 BauPolG):

1. die Errichtung von oberirdischen und unterirdischen

Bauten einschließlich der Zu- und Aufbauten;

2. die Errichtung von technischen Einrichtungen von Bauten,

soweit diese Einrichtungen geeignet sind, die Festigkeit oder Brandsicherheit des Baues zu beeinflussen oder sonstige Belange nach § 1 Abs. 1 BauTG erheblich zu beeinträchtigen (Heizungsanlagen, Klima- und Lüftungsanlagen udgl oder es sich um Haukanäle zu einer

Kanalisationsanlage handelt;

3. die Änderung oberirdischer Bauten, die sich erheblich auf

ihre äußere Gestalt oder ihr Ansehen auswirkt, insb. Auch die Anbringung von Werbeanlagen;

4. die so. Änderung von Bauten und technische Einrichtungen,

die geeignet ist, die Festigkeit oder Brandsicherheit des Baues zu beeinflussen oder die so. Belange des § 1 Abs. 1 BauTG erheblich zu beeinflussen;

5. die Änderung des Verwendungszweckes von Bauten oder

Teilen von solchen;

6. der Abbruch von Bauten (ausgenommen freistehende)

Bauten mit einem umbauten Raum von weniger als 500m³;

6a. die Errichtung oder erhebliche Änderung von Ein- und

Ausfahrten zu bzw von Kraftfahrzeug-Abstellplätzen oder Garagen von bzw in Straßen mit öffentlichem Verkehr, wenn nicht die Zustimmung des Straßenerhalters oder bei Landesstraßen oder Gemeindestraßen ein Bescheid gemäß § 26 Abs 2 bzw § 28 Abs 3 des Landesstraßengesetzes 1972 vorliegt;

6b. die Errichtung oder erhebliche Änderung von Zu- und

Abfahrten zu bzw von Kraftfahrzeug-Stellplätzen und von dazugehörigen Wendeplätzen;

7. die Errichtung und erhebliche Änderung von Einfriedungen

gegen öffentliche Verkehrsflächen sowie die Errichtung und erhebliche Änderung von Einfriedungen gegen Nachbargrundstücke, wenn sie als Mauern, Holzwände oder gleichartig ausgebildet sind und eine Höhe von 1,5m übersteigen;

7a. die Errichtung und erhebliche Änderung von Stütz- und

Futtermauern von mehr als 1,5 m Höhe, es sei denn, dass die Maßnahme im Zusammenhang mit der Schaffung von öffentlichen Verkehrsflächen oder Wasserbauten steht;

8. die Errichtung und erhebliche Änderung von freistehenden Industrieschornsteinen, Tribünenanlagen und Flutlichtbauwerken, Traglufthallen, Windkraftanlagen und Aufstellung von Zelten, deren überdachte Fläche 50m² übersteigt, sowie die Aufstellung von Wohnwagen außerhalb eines Campingplatzes, wenn diese nicht ortsbeweglich ausgestaltet sind oder in einer Art und Weise ständig benutzt werden, die der Nutzung als Wohnung oder

Zweitwohnung entspricht.

**b) Voraussetzung eines befugten Planverfassers**

Im Baubewilligungsverfahren müssen für Bauführungen gem. § 2 Abs. 1 Z 1 BauPolG mit einem umbauten Raum von mehr als 300 m³ die Unterlagen von einem hiezu nach den gewerberechtlichen oder so. Vorschriften ausdrücklich befugten Person verfasst und unterfertigt sein. Der Verfasser ist gegenüber die Baubehörde für die Richtigkeit der Unterlagen haftbar.

**c) Wie sieht der weitere Verfahrensablauf nach Einbringung des Bauansuchens aus?**

Über das Bauansuchen ist nach Durchführung der Vorprüfung und des Ermittlungsverfahrens (ggf. einschließlich einer mündlichen Verhandlung) durch Bescheid der Baubehörde zu entscheiden. Mit dem Bauansuchen kann gleichzeitig sofern die betr. Grundfläche noch nicht zum Bauplatz erklärt wurde auch ein Ersuchen auf Bauplatzerklärung (als selbstständiger Verwaltungsakt oder gemeinsam mit dem Bauansuchen) beantragt werden. Die Ausführung einer baulichen Maßnahme ohne Baubewilligung ist eine Verwaltungsübertretung und mit einer Geldstrafe von bis zu 25.000 € (im Fall der Uneinbringlichkeit Ersatzfreiheitsstrafe bis 6 Wochen) zu bestrafen.

\*) die Hinweise auf diesem Formular geben lediglich

einzelne baurechtliche Bestimmungen wieder, auf deren

Inhalt seitens der Baubehörde besonders hingewiesen wird;

sie ersetzen nicht die Kenntnis aller anderen, mit diesem

Verfahren verbundenen baurechtlichen und bautechnischen

Vorschriften durch Antragsteller bzw. Bauherrn, Planer,

Bauführer und Bauausführenden.